

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
IVAN MATANOVIĆ

Dezember 2015

www.kas.de

Kroatiens Wirtschaftspolitik und Entwicklungsstrategie 2016

Im Rahmen unserer immer bekannteren Debattenreihe zu den wirtschaftspolitischen Herausforderungen Kroatiens veranstaltete die KAS gemeinsam mit der "Zagreber Initiative" am 9. Dezember eine Podiumsdiskussion zur aktuellen wirtschaftlichen Lage im Land. Unter der Leitung des Mitglieds der "Zagreber Initiative", Prof. Dr. Mladen Vedriš, debattierten kroatische Unternehmensvertreter mit Wirtschaftsexperten über die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen und dringend erforderlichen Wirtschaftsreformen.

Der Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kroatien **Dr. Michael Lange** betonte zuerst die Dringlichkeit zum politischen Handeln mit dem Ziel die wirtschaftliche Lage des Landes zu verbessern. Obwohl nahezu alle Wirtschaftsexperten die Notwendigkeit von Reformen ständig betonen, habe die letzte Regierung diese nicht konsequent in Angriff genommen. Da deren Durchführung einschneidender Reformen in der Regel zum Verlust an Popularität beiträgt, hat die kroatische Regierung statt Reformen einzuleiten, konsequent die Staatsausgaben erhöht. Einige auch von der Weltbank in Kroatien befürwortete Maßnahmen sind die Abschaffung von Steuervergünstigungen, die Einführung einer Vermögenssteuer sowie die Reform der Lohnfindung im öffentlichen Sektor. Der IWF hat dagegen die Einführung eines Konkursrechts und die Privatisierung und Professionalisierung der öffentlichen Unternehmen vorgeschlagen. Die Europäische Kommission setzt sich für die Einführung einer Indexierung der Löhne und Gehälter in Relation zur Produktivität und die Verringerung der Zahl der staatlichen Agenturen ein.

Deshalb brauche die kroatische Wirtschaft vor allem rasche Veränderungen. Trotz einer erfolgreichen Tourismus Saison sei die Staatsverschuldung Kroatiens inzwischen auf 86,5% des BIP gestiegen und nach möglichen internationalen Zinssteigerungen drohen höhere Schuldendienstlasten. Unter solchen Umständen könne sich keine Regierung Reformen verschließen.

Der Moderator der Podiumsdiskussion und Vertreter der Zagreber Initiative, **Prof. Dr. Mladen Vedriš** sprach dann über die aktuellen Herausforderungen der kroatischen Wirtschaftspolitik. In der Zeit von 2008 bis 2014 sei die durchschnittliche Rate des kroatischen BIP pro Kopf, im Vergleich zum EU-Durchschnitt, von 64% auf 59% gefallen. Damit sei Kroatien das einzige der EU-Transformationsländer, das einen Rückgang der Raten zu verzeichnen hat. Viele neue EU-Länder hätten sich von 2010 bis 2012 der Mittel der EU-Kohäsionsfonds bedient, um damit mehr als 50% ihrer öffentlichen Investitionen zu finanzieren, während Kroatien an einem entsprechenden Einsatz von EU-Mitteln noch arbeiten müsse. Die hohe Staatsverschuldung Kroatiens sei wegen der risikoreichen Finanzierung; des projizierten BIP-Wachstums von nur 1,4% im Jahr 2016 und der damit schwächste Wachstumsrate unter allen neuen EU-Mitgliedsstaaten, unhaltbar. Das Land müsse nicht nur die Reformen beschleunigen, die Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf den Tourismus und den Handel minimieren und die Abwanderung von jungen hochqualifizierten Menschen verhindern, sondern zudem noch eine neue Regierung bilden. Die sichtbare Vertrauenskrise in die politische Struktur des Landes sollte als Zeichen für einen tiefgreifenden Wandel angesehen werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

IVAN MATANOVIĆ

Dezember 2015

www.kas.de

Nach dem Präsidenten der kroatischen Exporteur-Vereinigung **Darinko Bago** solle das Land nicht nur Dienstleistungen im Tourismussektor anbieten, sondern sich auch auf andere Gebiete des Exports konzentrieren. Derzeit fokussieren nur 13% aller Unternehmen in Kroatien ihre Geschäfte auf den Export. Es stellte die Frage, wie man andere Unternehmen zu mehr Exporten ermutigen könne. Da alle Arten der Kreditaufnahme schon erschöpft seien, basiere der Wirtschaftserfolg auf Produktion und Export. Die Entscheidung über den Wechselkurs der heimischen Währung bzw. eine mögliche Abwertung sollte nicht einseitig gefällt werden. Es sei aber wünschenswert, dass die Kroatische Nationalbank die Exporteure durch eine Reduzierung des Wechselkurses um 2% pro Jahr unterstütze. Dieser Betrag werde gemäß der Stellungnahme der Europäischen Kommission als eine Anpassung betrachtet die nicht mit einem mangelnden Vertrauen in den Markt einherginge.

Der Präsident der Vereinigung ausländischer Investoren in Kroatien **Mladen Fogec** verwies dann darauf, dass mehr als 50% der Exportunternehmen in Kroatien sich teilweise oder vollständig im internationalen Besitz befinden. Die Unsicherheit ausländischer Investoren werde durch Unstimmigkeiten in der Anwendung der Gesetze und die häufigen Änderungen der Steuerpolitik verstärkt und erschweren die Unternehmensplanung. Die Zentralregierung könne zwar die notwendigen Gesetze verabschieden, die lokale Regierung müsse jedoch auch bereit sein, diese Gesetze anzuwenden. Als besonders bedenklich erachte er das aktuelle kroatische Rentensystem, das durch eine immer schlechter werdende Relation zwischen der Anzahl der Arbeitnehmer und der der Rentner gekennzeichnet sei. Reformen sollten sich vor allem auf drei Bereiche konzentrieren: eine Reform der öffentlichen Verwaltung, eine Privatisierung der staatseigenen Unternehmen und eine einheitliche Steuerpolitik, die dann für mindestens fünf Jahre nicht geändert werden dürfe.

Das Mitglied der Zagreber Initiative **Dr. Žarko Primorac** bezeichnete die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen als das heikelste Thema der aktuellen Wirtschaftspolitik. Da im Jahr 2017 rund 30 Milliarden Euro Staatsschulden fällig werden, Besteht im kommenden Jahr die letzte Möglichkeit, das Land vor einer neuen Wirtschaftskrise zu bewahren. Export und Industrie seien miteinander verknüpft weshalb die Anreize auf die Stärkung der Industrie konzentriert werden sollten. Es sei nicht ganz klar, wie viel Kroatien tatsächlich exportiere und man müsse davon ausgehen, dass sowohl die Import-, als auch Exportstatistiken verfälscht seien bzw. der Handelsaustausch quantitativ höher eingestuft werde, als er tatsächlich sei. Als wichtigste Wirtschaftszweige in Kroatien gelten der Handel und die Dienstleistungen, allerdings sollten Produktion und Export stärker gefördert werden.

Der Dozent an der Universität Zagreb und Präsident des HDZ-Ausschusses für Finanzen **Dr. Tomislav Ćorić** meinte dann, dass ein stärkeres Wirtschaftswachstum in kurzer Zeit nicht zu erreichen sei. Obwohl vom Finanzministerium viel erwartet werde, müssten zuerst Probleme auch an anderen Stellen gelöst werden. Er sehe die Verweise auf die Währungspolitik eher als ein Alibi für die Untätigkeit auf anderen Gebieten. Die Exporte sollten mit Hilfe von Strukturreformen, anstatt mit kurzfristigen fiskalpolitischen Impulsen, gefördert werden. So unterstütze die Kroatische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (HBOR) die kroatischen Exporteure nur mit unzureichenden Kreditmaßnahmen. Als besonderes unbeständig schätzte Ćorić die Tourismuseinnahmen ein, die in diesem Jahr deutlich von der schlechteren Position der anderen Länder profitiert hätten. Der Schwerpunkt einer zukünftigen nachhaltigen Finanzpolitik sollte deshalb auf die gesamte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und der Bonität des Landes ausgerichtet sein.